
8912/J XXIV. GP

Eingelangt am 30.06.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Ing. Heinz-Peter Hackl
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

betreffend Gesundheitsrisiken durch das Unkrautvernichtungsmittel Roundup des Saatgutproduzenten Monsanto

Laut orf.at vom 09.06.2011 zeigt ein Bericht mit dem Titel „Roundup und Geburtsfehler. Wurde die Öffentlichkeit im Ungewissen gelassen?“ die gefährlichen Auswirkungen dieses Unkrautvernichtungsmittels auf die Umwelt. Laut diesem Bericht *„belegen mehrere Studien die gefährlichen Auswirkungen von Glyphosat auf Mensch und Umwelt. Erst 2010 etwa wurde von Wissenschaftlern nachgewiesen, dass das Mittel selbst in extrem geringen Dosen Missbildungen bei Fröschen und Hühnerembryos auslösen kann. Die EU-Kommission jedoch ignorierte diese Ergebnisse und bezog sich auf einen Bericht aus Deutschland, heißt es in der jetzigen Untersuchung. Das deutsche Ministerium für Verbraucherschutz kam nämlich in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Glyphosat keine Geburtsschäden verursacht. Deutschland habe Zahlen jedoch „heruntergespielt“, prangert der Bericht an. Dort habe man seit spätestens 1998 über die Risiken Bescheid gewusst. Und auch die EU-Kommission sei seit 2002 darüber informiert. Untersuchungsergebnisse, wonach das Spritzmittel nicht nur Missbildungen, sondern auch Hormonstörungen, DNA-Schäden und Krebs verursachen kann, seien ignoriert worden.“*

All diese Risiken könnten in einer Untersuchung überprüft werden, wie es ursprünglich auch vorgesehen war. Allerdings, so heißt es in dem Bericht, verschob die Kommission kurz nach Bekanntwerden der schädlichen Wirkung von Glyphosat eine Untersuchung des Mittels und weiterer Pestizide auf 2015. Das ist schon schlimm genug, die Autoren des Berichts befürchten aber, dass tatsächlich Ergebnisse wohl erst 2030 vorliegen werden. Die Öffentlichkeit sei von der Industrie und den Behörden über die Risiken im Ungewissen gelassen worden, lautet das Fazit des Berichts. Dieses Verhalten gefährde die öffentliche Gesundheit. Verfasst wurde die Studie von Autoren der offenen Plattform Earth Open Source.“

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

1. Ist Ihnen der Sachverhalt bekannt?
2. Ist die Verwendung von Glyphosat in Österreich verboten?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Wenn nein, gibt es in Österreich Schäden durch die Verwendung von Glyphosat?
5. Wenn ja, welche bzw. wie viele?
6. Gibt es in der EU Schäden durch die Verwendung von Glyphosat?
7. Wenn ja, welche bzw. wie viele?
8. Ist ihnen bekannt, dass die EU-Kommission die Untersuchungsergebnisse bezüglich den Missbildungen bei Fröschen und Hühnerembryos ignoriert hat?
9. Wenn nein, werden sie jetzt Konsequenzen werden von der EU-Kommission einfordern?
10. Wenn ja, welche Schritte haben sie gesetzt?
11. Haben Sie die Auswirkungen des Mittels untersuchen lassen?
12. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
13. Wenn nein, warum nicht?
14. Wenn nein, werden Sie eine Untersuchung veranlassen?